

„Land an die Wand gefahren“

NEUJAHRSEMPFANG - Die Freien Wähler stellen sich in Höchststadt hinter die Bauernproteste und glauben den Schuldigen in der Krise erkannt zu haben.

VON UNSERER MITARBEITERIN BRITTA SCHNAKE

Höchststadt – Der Neujahrsempfang der Freien Wähler stand unter dem Motto: „Was läuft schief in Deutschland?“ Eines der Hauptthemen in der Fortuna Kulturfabrik waren dabei die Bauernproteste. Der FW-Kreisvorsitzende und Fraktionssprecher Karsten Fischkal startete dann auch gleich mit einem „Ich finde es nicht richtig, dass alle gleich in die rechte Ecke gedrängt werden, wenn Land-, Forst- und Teichwirte auf die Barrikaden gehen.“

Höchststadts Dritter Bürgermeister Axel Rogner unterstrich dies mit „Es muss endlich wieder in Deutschland möglich sein, dass man Wahrheiten ausspricht und nicht mehr alles unter den Teppich kehrt. Die Freien Wähler stehen zu 100 Prozent hinter unseren Landwirten. Die Proteste sind nicht nur legitim, sondern notwendig. Sie sprechen aus, was alle hier in Deutschland fühlen. Alles dauert ewig und nichts wird wirklich besser. 1524 begannen die Bauernkriege auf deutschem Boden. Grund waren zu hohe Abgaben, Steuern und Ablasshandel. Wir sind genau 500 Jahre später in der Situation, dass sich die Geschichte widerspiegelt. Es ist Zeit für einen Richtungswechsel.“

Nach rechts gedrängt?

Robert Ort, Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes Erlangen-Höchststadt, berichtete über die Blockaden, Schleichfahrten und Mahnfeuer. „Jede Blockade wurde angemeldet und ordnungsgemäß genehmigt“, erläutert er und merkt ebenfalls an: „Wir werden ins rechte Lager gedrängt. Viele fragen sich, warum die Landwirte so schnell auf der Straße und aufgebracht waren. Der Agrardiesel war der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Es wird immer so dargestellt, dass die Landwirte die Hauptverursacher des Klimawandels wären. Die Landwirtschaft ist die einzige Branche, die das Klimaziel erreicht hat und die einzige Branche, die CO₂ binden kann.“

Fischkal fragt im Nachgang, was Orts Wunsch wäre, wenn er Bundeskanzler wäre und die absolute Mehrheit besäße. „Die Vorgaben, die es in Brüssel gibt, eins zu eins umzusetzen“, kommt es prompt.

Den Anwesenden aus Herz und Seele sprach schließlich der Parlamentarische Geschäftsführer Felix Locke. „Wir stehen natürlich an der Seite der Bauern, weil die Landwirte seit Jahrhunderten unser Essen produzieren. In keinem Land hat man so viel Chancen wie in unserem Land. Man ist in ein gemachtes Nest hineingefallen. Das ist nicht der Verdienst der jetzigen Regierung, sondern der von unseren Eltern und Großeltern. Die haben uns ein Land hinterlassen, dass nun an die Wand gefahren wird.“ Viele der Politiker hätten noch nie gearbeitet und einen Cent verdient, gingen direkt nach dem Studium in die Politik. „Wir haben bei den FW einen Hufschmied und Krankenpfleger. Wir sind Macher und Kümmerer, die mit den Bürgern reden.“

Artikel aus dem Fränkischen Tag vom 17.01.2024

Ausgabe Höchststadt und Herzogenaurach

Weiter übte Locke Kritik, indem er „die Arbeitsunwilligen“ als Sündenböcke ausmachte: „Wenn du 40 Stunden rackerst und deine Frau auch, und du zwei Kinder hast und unter dem Strich nur 200 Euro mehr übrig hast als eine Familie, die Bürgergeld erhält, die arbeiten könnte, aber den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzt und Netflix schaut und raucht und säuft und nur 200 Euro weniger hat, als eine Familie die arbeitet, dann läuft was falsch.“ Ähnlich Lockes Ton beim Thema Flüchtlingspolitik: „Wir als Wohlstandsstaat haben eine gesellschaftliche Verpflichtung.“ Jemand, der verfolgt werde, habe das Recht darauf, dass man ihm helfe. „Das darf aber nicht ausgenutzt werden. Wenn jemand kein Recht hat, zu bleiben, muss er an der Grenze abgewiesen werden. Wenn ihr 40 Stunden arbeiten wollt, dann seid ihr willkommen. Wenn aber jemand nur spalten möchte und auf palästinensischer Seite demonstriert, dann muss man ihm die Tür weisen können.“ Die Gleichstellung ukrainischer Flüchtlinge mit Empfängern des Bürgergeldes sei ein politischer Fehler gewesen. „Die Abschaffung der Wehrpflicht war zeitgemäß“, springt Locke zum nächsten Thema. „15 Jahre später merken wir, dass die Utopie von Frieden und Freude nicht mehr da ist. Wir fordern die Wiedereinführung der Wehrpflicht, ersatzweise ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle.“

Auf Fischkals Frage nach seinem Wunsch, so er denn Bundeskanzler wäre, erwiderte Locke: Es müsste ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr geben, entweder in Form von Wehrdienst oder als Dienst beispielsweise in einem Verein.